

Amt 11

Antrag zum Stellenplan 2024/2025 (53) Nr. 14

Amt / Amtsstelle / Betrieb/ Referat
(Organisationsnummer und Bezeichnung)

53 Gesundheitsamt

Abteilung/Sachgebiet

Sozialpsychiatrischer Dienst (Abtl. 53/5)

Planstelle/Stelle Nr.

Bewertung bisher

Funktionsbezeichnung bisher

Neuschaffung

Streichung

Umwandlung

Höherbewertung

Abwertung

Ausweisung

Übertragung

Redaktionelle Korrektur

Stellen-Soll 2,0

anerkannter Bedarf - Soll

kw-Vermerk/e

ku-Vermerk/e

(ku nach BesG/EG)

Bewertung neu

EG S12 (vorbehaltlich Prüfung der Stellenbewertung)

Funktionsbezeichnung neu

Streetwork Sucht- und Drogenberatung

Befristung bis

Auswirkung auf den Personalhaushalt (wird von Amt 11 ausgefüllt):

Ausgaben/Einsparung pro Jahr:
haushaltsneutral, weil:

Finanzierung:

Kommunal:

durch Dritte:

Wenn Finanzierung durch Dritte:

Finanzierungsträger:

Für die Dauer von 12 Monaten ab Stellenbesetzungen konnten Projektgelder („Landesprogramm Lebendige Quartiere“) für 1,78 Stellen (132.000 €) akquiriert werden.

Finanzierungsanteil:

2024: 100%-ige Finanzierung durch Projektgelder

verbleibender kommunaler Anteil:

2025: ca. 148.300 € auf der Grundlage der durchschnittlichen Personalhauptkosten 2023)

Einnahme-Haushaltsstelle:

Begründung:

Mit Beschluss vom 19.04.2023 (Vorlage Nr. XI/ 3/2023) hat sich der Magistrat dafür ausgesprochen, dauerhaft 2 Vollzeitstellen für Streetwork im Bereich der Sucht- und Drogenberatung im Stellenplan des Gesundheitsamtes zu verankern. Hintergrund ist insbesondere, dass verschiedene öffentliche Orte, an denen sich Menschen mit Suchtmittelkonsum aufhalten, als problematisch wahrgenommen werden. Dies betrifft zurzeit die Orte Hafensstraße (Penny-Markt), Stadtpark Lehe und Hanse-Carré. Konflikte zwischen unterschiedlichen Nutzer:innen des öffentlichen Raums sind verbunden mit erhöhten Anforderungen an die Sucht- und Drogenhilfe. Neben polizeilichen und ordnungsrechtlichen Maßnahmen werden auch von der Sucht- und Drogenhilfe Lösungsansätze zur Verbesserung der Situation erwartet.

Zwar hat der Magistrat am 13.09.2023 (Vorlage Nr. II/ 75/2023) beschlossen, dass die Aufgabe Streetwork statt durch eine zusätzliche Personaleinstellung im städtischen Gesundheitsamt ebenfalls durch eine Beauftragung der AWO Bremerhaven - im Rahmen einer Integrierung in die bereits bestehenden vertraglichen Tätigkeiten – umgesetzt werden darf. Da die vertraglichen Abstimmungen mit der AWO jedoch noch nicht abgeschlossen sind, ist zum aktuellen Zeitpunkt ebenfalls ein entsprechender Stellenplanantrag zu stellen.

Stellenbeschreibung (soweit erforderlich: siehe Anlage)

Pflichtaufgabe: Ja - Nein

Rechtsgrundlage: Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Lande Bremen (ÖGD-Gesetz)

Neuhoff
Bürgermeister

Fachausschuss: Beschluss vom

(wird von Amt 11 ausgefüllt)

Magistrat 11	befürwortet	abgelehnt	Beratung im Personal- und Organisations- ausschuss erforderlich	zurückgestellt (s. Protokoll)
Empfehlung der Verwaltung nach der Beratung mit dem Gesamtpersonalrat	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Beschluss des Personal- und Organisationsausschusses	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>

Amt 53	Bewertung	S 12 TVöD	Stellen-Nr. 200
Abteilung/Abschnitt 53/5	ab		
	Amtsbezeichnung	Sozialarbeiter:in/Sozialpädagog: in	Zeitanteil in %
	Funktionsbezeichnung	Streetwork Sucht- und Drogenberatung	
<ul style="list-style-type: none"> • Regelmäßige aufsuchende Kontaktaufnahme zu suchtmittelkonsumierenden Menschen im Stadtgebiet, an deren informellen Treffpunkten und ambulante Betreuung durch regelmäßige aufsuchende Arbeit an wechselnden Orten. • Kooperation und Vermittlung mit und in weitergehenden Hilfen • Auffangen und Bearbeiten von Krisen • Psychosoziale Entlastung/Beratung • Angebot von Sprechstunden für abhängigkeitskranke Menschen, Angehörige und Anwohner • Beratung und Hilfestellung bei Problemen und Konflikten • Schlichtung und Vermittlung zwischen unterschiedlichen Anspruchsgruppen mit dem Ziel, die gegenseitige Akzeptanz zu fördern und zu verbessern • Zusammenarbeit mit Wohnungsnotfallhilfe, Jugendhilfe, Stadtteilkonferenzen, Schulen, Freizeiteinrichtungen und anderen Institutionen • Planung, Organisation und Durchführung von Projekten und niederschweligen Angeboten. 			